

Bern, 11. November 2015

Vernehmlassungsantwort zur Änderung des ETH-Gesetzes

Sehr geehrter Herr Schneider-Amman

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Verband der Schweizer Studierendenschaften möchte sich für die Gelegenheit bedanken, zur Änderung des Gesetzes über die ETHs Stellung nehmen zu können. Als Vertretung der Schweizer Studierenden würden wir uns gerne zu folgenden Änderungen äussern:

Art. 3a Zusammenarbeit mit Dritten

Einfügen Absatz 2: Die Gesellschaften gewährleisten Transparenz zu Herkunft und Verwendung der Mittel.

Begründung: Es ist die ureigene Aufgabe von Hochschulen, Forschung und Lehre unabhängig von Profit oder privaten Interessen zu betreiben. Transparenz ist deshalb ein Anliegen der Institution selbst, aus Schutz und Interesse gegenüber der Unabhängigkeit der Forschenden, Lehrenden und Lernenden.

Art. 16a Zulassungsbeschränkungen

Der Zugang zur Hochschulbildung muss allen Personen, die über die entsprechenden Anforderungen im Sinne einer adäquaten Vorbildung (zum Beispiel Matura oder Berufsmatura) verfügen, offen stehen. Fachlich unbegründete Zulassungsbeschränkungen und -kriterien, in diesem Fall ein Numerus Clausus, lehnt der VSS ab. Aus der Sicht des VSS sind solche Selektionsmechanismen willkürlich und diskriminierend, daher ist auf ihre Anwendung grundsätzlich zu verzichten.

Der VSS spricht sich ausserdem gegen eine mögliche Differenzierung von «In- und AusländerInnen» bei der Zulassung zum Studium aus. Die Studienplätze für Schweizer AbsolventInnen werden durch ausländische Studierende nicht gefährdet, da diese erst nach einer Aufnahmeprüfung oder einer genauen Überprüfung ihrer Diplome zugelassen werden. Schweizer AbsolventInnen einer Matura haben automatisch Zugang zu einer Universität. Ebenfalls nicht gefährdet sind die Arbeitsplätze nach dem Abschluss. Vor allem in den MINT-Bereichen fehlen Fachkräfte.. Der Arbeitsmarkt ist demnach nicht gesättigt und es herrscht Mangel an Nachwuchs aus der Schweiz. Dem würde mit einer Zulassungsbeschränkung für ausländische Studierende nicht Rechnung getragen.

Der VSS stellt zudem fest, dass die Formulierung von Artikel 16a Abs. 2 nicht nur auf eigentliche Studiengänge der Humanmedizin zielen, sondern eben auch eine Reihe weiterer Studiengänge (namentlich u.a. Bewegungs- und Gesundheitswissenschaften, Biologie und Pharmazeutische Wissenschaften) abzielen. Dies ist aus unserer Sicht zu bedauern. Zumal damit das in obigem Absatz 1 definierte Ziel einer im Rahmen möglicher Kapazitäten freien Studienwahl negiert wird.

Art. 33 und 33a Leistungsauftrag und Umsetzung

Der VSS weist darauf hin, dass es ein seit langem erklärten Ziel des VSS ist, die Mitwirkung der Studierende zu verbessern und vertieft zu ermöglichen. Die Kompetenzverschiebung von der Bundesversammlung hin zum Bundesrat verbessert die studentische Mitwirkung nicht. Wir möchten auch darauf hinweisen, dass die Autonomie der Lehre und Forschung nicht eingeschränkt werden darf, weshalb wir die Änderung von Artikel 33 und 33a ablehnen.

Art. 34d Abs. 2 und 2^{bis} Gebühren

Der VSS fordert vom Bund und den Kantonen die Sicherung der Bildung als öffentliches Gut. Die Finanzierung der Hochschulbildung darf nicht weiter auf die Studierenden abgewälzt werden, da dies der wirtschaftlichen Entwicklung und dem wissenschaftlichen Fortschritt entgegensteht. Studiengebühren verhindern das Ende der sozioökonomischen Selektion auf allen Bildungsstufen. Der VSS setzt sich deshalb dafür ein, Gebührenerhöhungen zu verhindern und Studiengebühren zu reduzieren und abzuschaffen. Die Hochschulen sollten sich deshalb ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst werden und kurzfristig Möglichkeiten schaffen und ausbauen, um auch Personen mit bescheidenen finanziellen Möglichkeiten ein Hochschulstudium zu ermöglichen. Sämtliche Versuche die Studiengebühren zu erhöhen sollten eingestellt werden.

Der VSS spricht sich ebenfalls gegen eine mögliche Verdreifachung von Studiengebühren für ausländische Studierende aus. Auch der Bundesrat spricht sich gegen eine finanzielle Selektion von Bildungsausländern aus¹. Die Erhöhung der Studiengebühren für ausländische Studierende soll einen Ausgleich für die fehlenden Steuereinnahmen sein. Völlig ausser Acht gelassen bleibt dabei, dass die Mehrheit der AbsolventInnen nach dem Abschluss ihres Studiums in der Schweiz berufstätig ist.


¹ Antwort des Bundesrates auf die Frage von Martina Munz, Curia Vista 15.5457

Höhere Studiengebühren stellen eine Selektion nach dem Einkommen der Eltern dar, durch die Einführung von *Abs. 34d 2^{bis}* werden ausländische Studierende massiv benachteiligt.

Der finanzielle Vorteil, den die ETH aus Studiengebühren zieht, ist zudem sehr gering. Die Studiengebühren machen mit 1–2 % einen sehr geringen Teil des ETH-Budgets aus². Eine Erhöhung der Gebühren für Studierende ohne Schweizer Matur würde also kaum zu einem Ausgleich der fehlenden Steuereinnahmen führen.

Aus den oben angeführten Gründen schlägt der VSS die Streichung der Absätze 2 *und* 2^{bis} des Artikels 34d vor.

Im Namen des VSS Bureaus


Simone Widmer (Geschäftsleitung)


Melanie Gut (Vorstand)

²<https://www.ethz.ch/content/dam/ethz/common/docs/publications/annual-reports/2014/ETH-Jahresbericht-2014.pdf>